



FOTOS: M. SCHWARTZ

Neu-Hamburgerinnen Rieckhoff, Anders: „Wenn es im Osten überhaupt Jobs gibt, sind die viel schlechter bezahlt“

LANDFLUCHT

„Irgendwas falsch gemacht“

Auch zehn Jahre nach der Wende leidet der Osten an dramatischem Bevölkerungsschwund. Vor allem junge Frauen laufen den Jobs hinterher – gen Westen.

Das grobe Ziel stand schon lange fest, ehe Solveyg Anders von der vorpommerschen Ostseeküste aus auf Lehrstellensuche ging. Egal ob München, Stuttgart oder Lübeck – der Westen sollte es unbedingt sein. „Ich hatte immer das Gefühl, die drüben sind was Besseres.“

Die Abiturientin wollte prüfen, was wirklich dran ist am Vorurteil Ost, und „wie allseits gewünscht auch flexibel sein“.

Die meisten Angebote kamen aus Hamburg, hier ist sie inzwischen zu Hause. Der Westen und die Mär von den vermeintlich Besseren sind längst entzaubert. Doch zurück in ihr Dorf auf die Halbinsel Darß will sie nicht.

Solveyg Anders ist eine von Millionen: Auch im neunten Jahr nach der Wende gingen noch immer mehr Deutsche von Ost nach West als umgekehrt. Der Trend hält an: Knapp 19 Millionen Bürger gab es bei Gründung der DDR, gut 17 Millionen beim Bau der Mauer, gut 16 Millionen Neubundesbürger am Tag der Wiedervereinigung. Seitdem wurden es wieder rund 800 000 weniger.

In den alten Bundesländern stieg dagegen die Bevölkerungszahl seit März 1989 um etwa acht Prozent. Die Prognose des Statistischen Bundesamts geht davon aus, daß die fünf neuen Bundesländer bis zum Jahr 2010 wiederum eine viertel Million

Einwohner verlieren – ein Kahlschlag mit verheerenden Konsequenzen.

Es gehen nicht nur viele, sondern vor allem die Besten – diejenigen, die sich auf dem Arbeitsmarkt West Chancen ausrechnen. Deshalb seien in den neuen Bundesländern viele Folgen „auf lange Sicht irreparabel“, prophezeit Siegfried Grundmann, Soziologe an der Berliner Humboldt-Universität. Zurück bleibt, wer schon im Osten über Monate keinen Job fand.

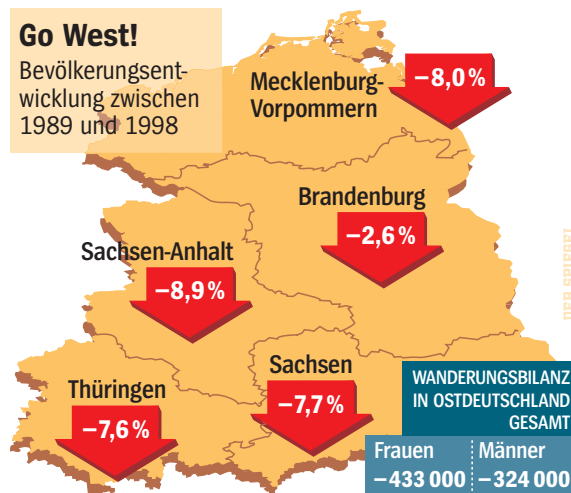
Von „empfindsamen Verlusten“ fürs Land spricht auch die Rostocker Statistik-

Professorin Ursula Kück. Dramatisch sei vor allem, daß „extrem viele junge Frauen“ gingen – bis Anfang 1998 zogen etwa doppelt so viele gen Westen wie von West nach Ost. Das bringe die Bevölkerungsstruktur in den neuen Bundesländern noch weiter aus dem Lot, „nachdem es hier durch den in der deutschen Geschichte beispiellosen Wende-Geburtensturz“ ohnehin schon an Kindern fehlt.

Die Frauen, sagt Rosemarie Köllmann vom Arbeitslosenverband Demmin, seien geradezu „gezwungen wegzugehen“. Sie finden in der Nähe der Heimatorte noch seltener einen Job als Männer: Im Juni 1998 war in den neuen Ländern die Arbeitslosigkeit unter Frauen doppelt so hoch wie im Westen. Da aus der DDR-Tradition heraus die Mehrheit der Frauen arbeiten wollte und für die Familien das zweite Einkommen kein Luxus sei, so Köllmann, ließen die Frauen eher als Männer den Jobs hinterher. So entstand seit dem Nachwendendejahr bis Anfang 1998 ein Wanderungsverlust von mehr als 430 000 Frauen im Neubundesgebiet.

Die Mecklenburgerin Nicole Rieckhoff, 21, traf während ihrer Lehrzeit bei einer Hamburger Drogeriekette auf „wahnsinnig viele, selbst ältere Frauen aus allen Ostländern und diversen Berufsgruppen“. Auch ihre Freundin aus Sternberg war mit ihrem „Super-Lehrzeugnis“ in Hamburg willkommen. „Wenn es überhaupt Jobs bei uns gibt“, sagt die Mecklenburgerin, „dann sind die viel schlechter bezahlt.“

Zur Hamburger Ostfrauen-Gemeinde gehört auch Doreen Knabe, 21. Gern wäre sie damals



DER SPIEGEL

in Schwerin geblieben, „doch mit 19 Jahren das Gefühl zu haben, es will einen niemand – das war nicht so toll“. Nach der Lehre zu Hause drei Monate arbeitslos, zog die Zahnarzthelferin zunächst nach Lüneburg. Jetzt ist sie Sachbearbeiterin bei einer Hamburger Krankenkasse – befristet vorerst. Wäre ein „vernünftig bezahlter Job“ in der Heimat in Sicht, ginge sie zurück: „Doch da ist keine Chance.“

Jene zu DDR-Zeiten vernachlässigten, dünn besiedelten und regional unterentwickelten Gebiete im Norden und Nordosten trifft der Bevölkerungsschwund besonders hart. Eine neue Studie des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung stellt fest, daß derartig „strukturellschwache ländliche Räume ohne nennenswerte Entwicklungspotentiale“ wie in Mecklenburg-Vorpommern und Nordbrandenburg im Bundesgebiet einmalig sind. Trostlose Leere lähmt schon jetzt manche Gemeinde. Für viele Siedlungen, prophezeit Soziologe Grundmann, „läuten schon bald die Sterbeglocken“. Dort sei auf längere Sicht mit einer „größeren Zahl von Wüstungen“ zu rechnen.

In einer dieser Gegenden liegt Upost – abseits der Hauptstraße nach Demmin, am Peene-Oberlauf. Mit 102 Bürgern ist es die kleinste Gemeinde in Mecklenburg-Vorpommern. Fast ein Drittel der Einwohner sind älter als 55. Taufen werden in Upost

nur selten gefeiert. Zwei Kinder kamen vergangenes Jahr zur Welt, sieben in neun Jahren Nachwendezeit. Viel häufiger sah man sich bei Beerdigungen.

In den besten Jahren der DDR waren sie noch 177 im Ort. Den „Konsum“ gab es bis kurz nach der Wende, sogar mal einen Gasthof fürs Feierabendbier – und Arbeit für alle, meist in den Genossenschaften ringsum. Schon früher zog es die Jugend fort aus dieser vorpommerschen Beschaulichkeit. Doch nun gehen auch viele, die gern in der Landwirtschaft blieben, wäre da irgendwo die Chance auf einen Job.

Vieles sei nach der Wende „den Bach runter gegangen, auch der Zusammenhalt hier“, bedauert eine Uposterin und denkt an das 825. Dorfjubiläum im vergangenen Jahr. Das konnten sie nicht feiern, weil kein Geld da war. Das wenige geht in die Dorfsanierung, damit es wieder Hoffnung auf Zuzug gibt.

Der Landkreis Demmin, dem Upost angehört, hält mit 26,6 Prozent Arbeitslosigkeit den Landesrekord, die Kaufkraft liegt ein Drittel unter dem Bundesdurchschnitt. Die Einwohnerzahl (derzeit 97 000) schrumpfte allein in den letzten zwei Jahren um mehr als 1000, bis zum Jahr 2010 wird ein weiteres Minus von 4000 Bürgern vorhergesagt. Schon jetzt gibt es bei den 18- bis 40jährigen rund 2200 weniger Frauen als Männer.

Rolf Janecke, 51, Bürgermeister der 473-Seelen-Gemeinde Klocksin im Müritz-Kreis kämpft seit vier Jahren darum, daß sein Dorf „nicht zu einem Gespensterort verkommt“. Gelingen die Trendwende nicht, werde es „dramatisch mit den Gemeindefinanzen“.

„Bauland beschaffen, um Leute ranzuholen, und Lehrstellen finden für die Jungen“, beschreibt Janecke seinen Ehrenamtsjob. Voriges Jahr hatte „dank vieler Klimmzüge“ jeder einen Ausbildungsplatz – „wie es aber nach den Lehrzeiten weitergeht, weiß der liebe Gott.“

Und diejenigen, die „am flexibelsten“ seien, die man „am liebsten behalten“ hätte, seien sowieso weg – auch die eigenen Töchter. Aus Berlin und Sevilla kommen die Mädchen jetzt zu Besuch.

Minuszahlen und Prognosen haben zwar Landesregierungen, Bürgermeister und Gemeinderäte im Osten aufgeschreckt – doch neue Konzepte für den dringend nötigen Strukturwandel gibt es kaum. Wilfried Köhler, 40, Referatsleiter im Umweltministerium Sachsen-Anhalt, sieht die Hauptursache für die Hilflosigkeit im „Wahnsinnstempo der Entwicklung“. Ein Prozeß, der in Westdeutschland „über zwei Generationen lief, spielt sich hier in einer halben ab“. Was man im Westen nur ansatzweise in den Griff bekommen habe, werde daher im Osten vermutlich gar nicht gelingen: „Die Schäden sind ja schon da.“

Erstmals, so Köhler, habe sich mit Sachsen-Anhalt ein Neubundesland „getraut“, Zahlen auch für Städte und Kreise zu nennen. Das Land mit dem prozentual höchsten Bevölkerungsverlust, so die neueste Prognose, muß bis 2010 nochmals einen Aderlaß von mehr als 200 000 Einwohnern verkraften. Offenbar habe man „grundsätzlich was falsch gemacht“, räumt Köhler ein, „aber wir können uns das Frauen-Phänomen nicht erklären“.

Eine Expertenrunde der verschiedenen Landesministerien wird im nächsten Halbjahr die Auswirkungen des extremen Einwohnerschwunds und der Überalterung bewerten, um zügig Schlußfolgerungen für Finanzen, Erziehung, Bildung, Wohnungsbau und Altenpflege zu ziehen.

„Bei solch drastischer Entwicklung gibt es kein Allheilmittel“, sagt Angela Krenz aus dem Sozialministerium in Mecklenburg-Vorpommern, da bleibe wohl nur die Hoffnung auf mehr Kinder. Weil die Zahl der Geburten im Land von 1989 bis 1994 um fast 70 Prozent sank, verloren hier mehr als 7600 Erzieher ihren Job – im Neubundesgebiet insgesamt waren es 60 000.



Bürgermeister Janecke: „Nicht zum Gespensterland verkommen“

Erst für das Jahr 2020 sagt Hermann Brinkmann aus dem Schweriner Ministerium für Raumordnung „eine Angleichung an die Strukturen der westlichen Bundesländer“ voraus. Neue Förder-Richtlinien sollen den Prozeß beschleunigen. Wird künftig ein Betrieb verlagert, erweitert oder rationalisiert, müssen mindestens 15 Prozent zusätzliche Dauerarbeitsplätze entstehen – sonst entfällt der Höchstsatz.

Das gilt auch für die Urlaubsgebiete an der Ostsee, wo mancherorts der Einwohnerschwund bedrohlich wird. Hier sollen jetzt mehr saisonunabhängige Arbeitsplätze geschaffen werden – um vielleicht ein paar junge Leute von ihrer Westwanderung an die Ostküsten zurückzulocken.

Dort liegt auch Born, wo die Neu-Hamburgerin Solveyg Anders zu Hause war. Jetzt erwachen die Inseldörfer langsam aus dem touristischen Dämmer Schlaf. Doch immer wenn es regnerisch und unwirtlich wird auf dem Darß, kommt wieder Trübsal auf in den Dörfern am Bodden. Dann rücken im alten Seemannsdorf Born die Alten in der „Linde“ dicht

zusammen und erzählen Geschichten aus der Vorwendezeit, als der Gewerkschaftstourismus für Arbeit auch dann sorgte, wenn die Natur nicht auf ihrer Seite war. Nun fehlen die Ganzjahresjobs. Hinzu komme, sagt Bürgermeister Gerd Scharnberg, daß so manches Grundstück nach der Wende für „schnelles Geld verhökert“ worden sei: „Wenn den jungen Leuten hier nichts mehr gehört – was soll sie dann noch halten?“

IRINA REPKE